

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postfach: Leipzig Nr. 2068. Telegr.-Nr.: Neueste Dresden

Monatlich bei freier Bestellung durch Posten Nr. 1.40, vierteljährlich Nr. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Kulturkritik“ monatlich Nr. 1.50, vierteljährlich Nr. 4.50.
Abdruck in Zeitungsdruck:
Kop. A ohne „Kulturkritik“ monatlich Nr. 1.40, vierteljährlich Nr. 4.20.
Kop. B mit „Kulturkritik“ monatlich Nr. 1.50, vierteljährlich Nr. 4.50.
In Österreich-Ungarn:
Kop. A ohne „Kulturkritik“ monatlich Nr. 1.52, vierteljährlich Nr. 4.56.
Kop. B mit „Kulturkritik“ monatlich Nr. 1.60, vierteljährlich Nr. 4.80.
Nach h. Postgesetz in Preußen abh. Nr. 1.10. Österr. Rum. 10 ct.

Einzug der Gardetruppen in Berlin

Die Heimkehr der Garde

Berlin, 10. Dezember. (Eig. Drahtber.) Heute Mittag erfolgte der feierliche Empfang der ersten Gardetruppen in Berlin. Es handelt sich um wesentlichen um die Garde-Kavallerie-Regimenter, Division, also die Regimenter Garde-Kavallerie, Garde-Kürassiere, Garde-Ulanen, Garde-Füsilier, die zwei Garde-Trägerregimenter. Auch Kavallerieregimenter aus verschiedenen preussischen Provinzen werden an dieser Schützen-Division. Außerdem nimmt ein aus allen deutschen Stämmen besonders aus dem Ostpreussischen Bataillon an dem Einzug teil. Die Truppen marschieren von Wilmersdorf durch die Kaiserallee, Kurfürstendamm, über den Gärten Stern, die Charlottenburger Chaussee, das Brandenburger Tor, den Berliner Platz, der Potsdamer Platz, der Kaiserhof, der Bahnhof Friedrichstraße, der Berliner Bahnhof, der Alexanderplatz und der Berliner Bahnhof prägnant in einheimischer, aber würdevoller Schmelze. Tannen-, Eichen-, mit feinem Tannengrün umwickelte Masten, Kränze mit dem Wappenstein der Stadt Berlin und Wimpel neben den Straßen und Plätzen ein feierliches Aussehen.

Die Truppen trafen gegen 10 Uhr am Weidenberger Platz ein. Die Soldaten, Wehrdienstwehre und die Pferde waren mit grünen Tannenzweigen und schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Major Freiliger v. Landberg, Kommandeur des Garde-Kavallerieregiments, führte seinen Mannschaften, daß die einrückenden Truppen auf dem Boden der letzten Regierung ruhen und von ihr verlangen, durch Einberufung der Nationalversammlung baldigst eine rechtliche Grundlage für die neue Staatsverfassung zu schaffen. Vor jeder Abteilung polierte sich ein Musikkorps. Eine feierliche Parade wurde abgehalten. Die umliegenden Straßen. Mit militärischer Präzision liefen sich um 11 Uhr die mit Ruhm bedeckte Garde-Kavallerie-Regimenter, die an der Spitze der heimkehrenden Truppen ihren Einzug in Berlin hielten. In Bewegung, Brausende Hufe und Durraufsteigende Reiter. Die noch am 4. November in den Wäldern kämpften bei Reims außerordentlich große Verluste erlitten haben und die dann in gewaltigen Kämpfen der deutschen Grenze auftraten. Die Zurückkehrenden sind guter Dinge. Sämtliche Formationen marschieren zu Fuß. Nur die Offiziere sind beritten. Jede einzelne Abteilung trägt eine schwarz-weiß-rote Fahne, die oben mit Tannenzweigen geschmückt ist. Am weißen Mägen sind die schwarze-weiß-rote Fahne des Regiments, das in den letzten Kämpfen an der Aisne gänzlich aufgerieben worden ist. Es blieben nur 48 Mann und zwei Offiziere. Unter den 10 bis 12 gegen 10 Uhr vormittags bereits ein viel lebhafteres Getöse, als an den sonstigen Tagen. Am Brandenburger Tor stand schon um 11 Uhr eine ansehnliche Menschenmenge, die von Minute zu Minute anwuchs. Oberbürgermeister Bernuth wird die Truppen mit einer Ansprache begrüßen, in der er den Helden Dank der Beweiskrieg um Ausdruck bringen wird.

Ursprünglich war beabsichtigt worden, um 12 Uhr die Straßen abzuhängen. Offenbar hat man darauf verzichtet, da schon vor 11 Uhr der Berliner Platz nur eine einzelne geschlossene Menschenmenge bildete, die Hunderttausende zählte. Einige Krankenwagen sind zur Stelle. Um 1 Uhr 10 Minuten ist ein Krankenwagen zur Tribüne, offenbar die Soldaten der Verbände bringen. Da werden schwarz-weiß-rote Fahnen unter dem Brandenburger Tor sichtbar. „Sie kommen!“ ruft er die Tribüne. Nur mühsam dringt die Spitze der Truppen, Offiziere, zur Tribüne vor. Am Brandenburger Tor sind auch die bayerischen Fahnen aufgesteckt. Grün-weiße Fahnen folgen. Brausende Durraufsteigen.

(Die Meldung muß hier abgebrochen werden, da der direkte Fernsprechverkehr mit Berlin gebrochen ist und die weitere drahtlose Berichterstattung rechtzeitig nicht möglich ist. D. Red.)

Geldlohn auf die deutsche Republik

Berlin, 9. Dezember. In Gegenwart der Volksbeauftragten Ober, Grosse, Scheidemann und Wittmann sowie des Kriegsministers haben heute abend um 7 Uhr im Steglitzer Rathaus Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der bayerischen Kavallerie und der Gardekavallerie und Schützenbataillon für sich und die von ihnen vertretenen Kameraden das folgende Geldlohn auf die deutsche Republik abgeleitet. Volksbeauftragter Ober leitete die Rede mit einer kurzen Ansprache ein, in der er die Kameraden ermahnte, folgenden Geldlohn abzugeben: Wir geloben zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unter ganzem Recht für die deutsche Republik und ihre provisorische Regierung und den Rat der Volksbeauftragten einzustehen. Darauf ergriß der Generalleutnant Lequis das Wort und wiederholte die Geldlohnformel für alle anwesenden Militärpersonen. Die so auf die Republik und die Reichsregierung verpflichteten Truppen werden morgen ihren Einzug durch das Brandenburger Tor halten.

Volksbeauftragte und Vollzugsrat

Berlin, 9. Dezember. In der gemeinsamen Sitzung des Vollzugsrates der N. und S. M. A. und des Rates der Volksbeauftragten wurde folgende Beschlüsse angenommen: Der Rat der Volksbeauftragten hält unbedingt an der durch die Revolution angedeuteten Verfassung fest, die ohne Zustimmung des Volksrates der N. und S. M. A. nicht abgeändert werden kann. Aus der Stellung des Vollzugsrates ergibt sich das Recht der Kontrolle. Dem Rat der Volksbeauftragten steht die ihm übertragene Exekutive zu. Beide sind überzeugt, daß ihre Tätigkeit nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit erfolgreich ausgeübt werden kann. Wir geben der Anwesenheit, daß unter Volk in Anerkennung der Schwierigkeiten inneren und äußeren Lage und dabei vollständig unterliegen wird.

Ausfahrungen in Leipzig

Leipzig, 10. Dezember. (Eig. Drahtber.) Anläßlich der Versammlung der demokratischen Partei in der Albertstraße am Montag abend kam es zu wüsten Ausfahrungen. Die von Angehörigen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hervorgerufen wurden. Die Albertstraße war bereits vor Anfang der Versammlung überfüllt und die Tore geschlossen worden. Die geschlossenen Tore wurden von Angehörigen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die von einer Versammlung auf dem Hauptplatz kamen, gestürmt und die Versammlung gesprengt. Redner der Versammlung sollte Seminarektor Dr. Seifert, Bischoff, sein. Die Unabhängigen drangen in die überfüllte Albertstraße ein. Ein jugendlicher Arbeiter sprang auf das Podium, drängte den Versammlungsleiter zurück, schwang die Woge und ließ Schüsse gegen die Versammlung aus. Matrosen schloßen dem Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Dr. Geyer, auf Podium, der nunmehr den Vorsitz der Versammlung übernahm. Um das Rednerpult entspann sich eine allgemeine Schlägerei, bei der die Unabhängigen ausschließlich die Oberhäupter, das heißt die Soldaten und Matrosen um Dr. Geyer schrien und die Bürgerlichen vom Podium herunterstießen. Der den Redner umringelten nicht folgte, wurde kurzgehandelt heruntergestoßen. Außerdem lag auch noch die auf dem Podium stehende Uhr zertrümmert über die Köpfe hinweg und traf einen Unbeteiligten am Kopf.

Die ursprünglichen Teilnehmer und Veranstalter der Versammlung verließen während der Schlägerei bereits den Saal und wurden noch von den Matrosen mit dem Ruf: „Hinaus mit dem Puppenpaul!“ hinaus mit dem „Schindler“ beschimpft. Die vorgeschickten Demonstranten der demokratischen Partei wurden unter Schimpfen und Schlägen auf die demokratische Partei verdrängt.

Ein Akt von Ungehörigkeit hatte sich vorher bereits auf dem Hauptplatz abgespielt. Ein Oberleutnant Friedrich, der von den Unabhängigen an seiner Wohnung geholt und auf den Hauptplatz geschleppt worden war, weil er angeblich als Ordnungsmann in der Albertstraße mitgegangen habe aufzulaufen kommen lassen, wurde nach Ansprache eines Matrosen von den Anwesenden schwer mißhandelt und konnte nur mit Mühe schließlich in einem Auto vor weiteren schweren Mißhandlungen gerettet werden.

Wenn die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf diese Weise einfach vernichtet wird, so werden die Wahlversammlungen und die Wahlen zur Nationalversammlung durch den Terror unmöglich gemacht. Die Folgen dieser Art von Politik können nicht abzusehen. Es ist schon bis zur Ermüdung darauf hingewiesen worden. So treiben wir geradezu dem Abgrund entgegen.

Die Heimbringung untrer Matrosen

Berlin, 9. Dezember. Aus den Mitteilungen der Vertreter der Marine bei der Wehrkommission geht hervor, daß die Abführung der Schiffsbesatzungen des General v. Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und die Auslieferung vor- und rückwärts in Rotterdam erfolgen soll. Auf den dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesen Schiffen auch die Frauen, Kinder und schwerverletzten Männer aus Deutsch-Ostafrika heimgeführt werden, ist bisher eine Antwort noch nicht ergangen. Auch sind die Namen der bis zuletzt bei der Schiffsbesatzung befindlichen deutschen Europäer noch nicht mitgeteilt worden. Anfragen hierüber bei den betreffenden Behörden erbringen sich daher, da derartige Nachrichten stets sofort veröffentlicht werden.

Weber die Kapitulation des General v. Lettow-Vorbeck hat die englische Regierung mitgeteilt, daß dieser Truppe gestattet wird, die Waffen zu behalten und daß sie einschließlich der farbigen Truppen zunächst nach England verfrachtet und befreit würde, und daß die ihr angehörenden Europäer auf dem Heimtransport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollten. Deutsche Wehrkommissionen. Staatssekretär Graberger, Vorsitzender.

Keine Anerkennung der deutschen Regierung durch die Entente

Paris, 10. Dezember. (Eig. Drahtber.) Die „Daily Mail“ meldet aus Paris: Nach Erklärungen Wilson am Sonntag wird die gegenwärtige deutsche Regierung weder von den Alliierten noch von den Neutralen anerkannt. Wilson verneinte, die Alliierten würden, wenn die nächsten vier Wochen nicht die Gründung der deutschen Verfassung und die Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten durch diplomatische Verhandlungen erreicht werden könnten, die Anerkennung der deutschen Regierung durch die Alliierten durch sofortige Besetzung der deutschen Gebiete und Güterwerke der Entente gegenüber unmöglich machen. Der „Berliner“ meldet, Amerika dem die Alliierten einen weiteren Kredit von 500 Millionen. Die Frage der Fortsetzung des Krieges hängt von dem Ergebnis der Wahlen für die deutsche Nationalversammlung ab. Von einer Anerkennung Deutschlands durch die Volksbeauftragten hat ein Vertreter der „Daily Mail“ berichtet: Der Rat der sechs ist nur eine vorläufige Einrichtung zur Abklärung der Angelegenheiten der Nationalversammlung. Die Vertreter der Nationalversammlung würden durch die gegenwärtige Regierung ernannt, doch habe man darüber noch nicht beraten. Die Antwort auf die Frage, in welcher Weise Deutschland den Alliierten für die Stilllegung der letzten Kaiserkrone danken, lautet, eine Genugtuung der Nationalversammlung.

Eine Postkarte Wilsons

Einige Stunden nach der Abreise Wilsons von New-York wurde vom Dampfer „George Washington“ aus folgende Meldung des Korrespondenten der „United Press“ drahtlos übermittelt: Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und für eine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf Freiheit der Meere und allgemeiner Abgrenzung bestehen. Auf das dreijährige Völkerprogramm der Vereinigten Staaten zurück, beabsichtigt er, anzukündigen, daß kein Volk die Vorherrschaft auf dem Meere innehaben dürfe und daß, wenn andere Völker ihr Völkerprogramm nicht einbringen könnten, die Vereinigten Staaten das Ihrige erheben müßten. Der Präsident geht von der Annahme aus, daß die Meere von der ganzen Welt besetzt werden müssen.

Diese Postkarte, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten abgedruckt werden konnte, erregt nach einer Meldung aus Berlin in den Vereinigten Staaten sowohl wie in England unangenehme Auffassung. Roosevelt sieht sich dadurch noch zu heftiger Propaganda gegen die Freiheit der Meere und die 14 Punkte des Präsidenten Wilson veranlaßt. Er betont, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit weder von der Entente noch von dem amerikanischen Volke angenommen wurden und daß England einen Anspruch auf die Meere hat, die große Flotte der Welt zu besitzen. Amerika müsse sich mit der zweiten Flotte begnügen, ebenso wie es nicht beantragen könne, eine ebenso große Flotte zu besitzen wie Frankreich. Dagegen empfiehlt der amerikanische Marine-Sekretär Daniels die Fortsetzung der internationalen Völkerpolitik. Er hoffe zwar, daß die Welt der Weltfrieden bald vorüber sein werde, empfiehlt aber doch die Durchführung des am 21. November angekündigten Programms. Im letzten Jahr wurde die amerikanische Marine um zwei Schlachtschiffe, 30 Kreuzer, 26 U-Boote, 85 U-Boote-Torpedos und 19 Minierboote vergrößert. Gegenwärtig liegen 408 Schlachtschiffe im Dienst.

Wilson's Überfahrt

New-York, 8. Dezember. (Neuer.) Ein drahtloses Telegramm des Dampfers „George Washington“, auf dem Präsident Wilson nach Frankreich fährt, berichtet, daß das Schiff infolge schwerer See am 8. nur 17 Knoten macht. Es wird am 13. Dezember in Breck eintreffen.

Türkischer Auslieferungsantrag

Am Austrage ihrer Regierung hat die türkische Postamt in Berlin bei der deutschen Regierung die Auslieferung des früheren Großveziers Talaat Pascha und des früheren Kriegsministers Enver Pascha sowie einer Anzahl anderer Mitglieder der früheren Regierung beantragt, die nach Deutschland geschickt seien. Nach in Berlin vorliegenden letzten Nachrichten hat Enver Pascha zwar Anhaltspunkte verlassen, ist aber nicht nach Deutschland gekommen. Eine Auslieferung Talaat Paschas kommt nicht in Frage, da er als politischer Flüchtling zu betrachten ist. Bei den übrigen Personen handelt es sich nach den bisher vorliegenden Nachrichten nicht um politische Flüchtlinge, sondern um gewöhnliche Straftäter. Beachtenswert ist die Tatsache, daß eine Auslieferung auch bei ihnen selbstverständlich ausbleiben würde.

Spernung des Berliner Telefonverkehrs

Berlin, 10. Dezember. (Eig. Drahtber.) Heute nacht wurde der Fernsprechverkehr aus Berlin bis heute früh kurz vor 8 Uhr eingestellt. Die Gründe werden noch abgemittelt. Auch die Telephonzentralen der großen Berliner Hotels sind von militärischen Wachen besetzt.

Finanzlage und Steuerpolitik

Auf Einladungen des deutschen Industrie- und Handelsvereins hielt der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums am Sonntag abend in der Handelskammer zu Berlin vor einer zahlreichen Anhörung einen Vortrag über das Thema „Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik“, in dem er u. a. ausführt: Unsere Finanzlage ist unübersehbar. Wenn der Krieg im Frieden zu Ende gegangen wäre, würde der Steuerbedarf des Reiches sich auf 14 Milliarden Mark, der der Einzelstaaten und Gemeinden auf 5 Milliarden Mark, zusammen also 19 Milliarden Mark. Aber sind neue Momente zu berücksichtigen. Die Forderungen, die die Rinde stellen werden, sind unbestimmt. Die Herstellung eines getrennten Finanzprogramms ist für jetzt und für die Zukunft ausnahmslos unmöglich. Sicher ist nur der Ruin, wenn es so weitergeht, wie es jetzt geschieht. Wenn das Wirtschaftslieben zerfallen wird, ist naturgemäß auch der Ausbau des Steuerwesens eine Unmöglichkeit. Wenn wir unter Ruin betrauen, so ist es doch einleuchtend eher ein an Ruin zu gehen als ein reiches Wirtschaftsgeld. Um so notwendiger ist, daß wir das, was wir haben, festhalten und durch Arbeit vermehren, auch schon deshalb, damit wir unsern Kredit halten. Wir brauchen Geld durch unzulässige Staatsverschuldung. Und wenn auch nicht etwa die 500 Millionen Mark, von denen in der letzten Zeit so viel die Rede war, in die Taschen der zahlreichen neuen Steuerzahler hineingeworfen sind, so ist doch tatsächlich so viel Geld vorausgeschickt worden, daß selbst unter Vermeidung der normalen Verhältnisse nicht hätte vorausgeschickt zu werden brauchten. Dazu kommen die Materialverluste, die Währungs- und Überschüsse durch die Völkerkriege und unerlaubte Ausflüsse und dergleichen. Eine richtige Verteilung der Arbeitskraft wird für die Folge eine der wichtigsten Aufgaben sein, und es muß dafür gefordert werden, daß die Arbeiter nicht nur nach den großen Städten, sondern auch auf dem ländlichen Lande produktive Tätigkeit ausüben. Arbeit ist nicht überall in der Industrie ein Bedarf an Arbeitern. Zudem wird dem Unternehmer durch mangelnde Konkurrenz, berechneter und unberechneter, in die unvermeidliche Tätigkeit des Lebens eher erzwungen. Die Arbeit verliert und damit verliert auch der Kredit im In- und Ausland. Das Ausland hat die Forderung, in Deutschland solle alles drüber und drunter. Wenn unsere Kreditfähigkeit erschütterter ist, so besteht die Gefahr, daß wir einen Frieden vor der Gewalt bekommen. Wir müssen Ruhe und Ordnung, Recht und Gesetz schaffen, nicht bloß aus politischen, sondern auch aus finanziellen Gründen. Die direkten Steuern werden, so viel ist gewiß, antizipatorisch sein, aber sie werden ihre natürliche Begrenzung durch die Steuern finden, die das Potential im Wirtschaftslieben einnimmt. Bei allen Belastungen, die die Steuern bringen werden, dürfen sie eine günstige Folgerichtigkeit haben, eine Senkung der Werte. Es ist nicht möglich, schon jetzt Steuererhöhungen zu erlassen. Ausnahmen sind allerdings möglich. Ein neues Reichskriegsgesetz wird insbesondere unter rückwirkender Kraft vom Jahre 1914 an die großen Kriegsgewinne reichlich abzuführen. Neben dem Kriegsteuer

eine Vermögensbesteuerung kommen, die sich nicht nur nach der Verschlebung der Objekte (ob bares Geld, ob Wertpapiere, Grundbesitz, ob Realitäten), richtet, sondern auch nach der Verschlebung der Subjekte (Alter, Arbeitsfähigkeit). Die Vermögensbesteuerung soll in Noten erhoben werden und kann teilweise die Verluste einer Inflation ausgleichen, so daß der Steuerzahler für höhere Steuern mit einem Aktienplan der Abgabe rechnen kann. Bei der Steuerabgabe wird die Kriegsanleihe eine größere Rolle spielen als bisher. Es wird möglichweise bei der Vermögensbesteuerung die Zahlung in Kriegsanleihe zur Pflicht gemacht werden. Mit weiterer direkter Steuer erwägt der Redner eine Anpassung der Vermögenssteuer an die Vermögensabgabe, einen Ausbau der Einkommen- und Erbschaftsteuer, wobei natürlich die Besteuerung der hohen Einkommen dem Reich vorbehalten und deshalb eine eigene Reichseinkommensteuer geschaffen werden müsse. Es dann wird an eine Verlebssteuer gedacht, die gleichsam an der Quelle hohe Erträge gewinnbringender Unternehmungen erlassen soll, an eine Kapitalrentensteuer, wie sie in einigen Bundesstaaten bereits erhoben wird, an einen Ausbau der Erbschaftsteuer, die auf Hofbesitzungen ausgedehnt ist und bei deren Höhe aus Berücksichtigung werden soll, in welchen Vermögensverhältnissen sich der Erbe befindet.

An indirekten Steuern nannte der Staatssekretär als heuchellich zu erfassende Objekte in erster Reihe den Tabak. Die Zuckersteuer werde erhöht werden müssen. Vor allem werde aber die Umsatzsteuer ein wichtiges Steuerobjekt bieten, und zwar sei hier aus dem Grund geachtet worden, die Besteuerung von Luxusprodukten und ähnlichen Gegenständen zu erweitern. Zur Erleichterung aller dieser Maßnahmen wird eine sehr wertvolle Reichsanleihe erforderlich sein. Hohe Steuern werden gegen Steuererhöhungen selbsterhalten werden müssen. Insbesondere soll der, der eine Steuerpflicht vertritt, öffentlich genannt werden. Wegen die Steuerpflicht werden weitere Maßnahmen getroffen werden. Alle Steuern, so groß ihre Höhe auch ist, werden freilich nicht ausreichen, um dem Reich die Tragung der Kosten zu ermöglichen. Vielmehr wird eine unmittelbare Beteiligung des Reiches an Wirtschaftslieben notwendig sein, wie nie je jetzt Berlin

en
alsky
schulden
Feiertags
in, Norva
et. (413)
kt 34, II
ne-9b, 7,
ne 24
4-3 Uhr
en
Bestell
ell, be
mitten
unserm
M1700
177
rgamb
en
nach-
anler
lieber,
Polizeibeamt
F
oben Nr.
enber
nach-
4212
idoloh 18
Richter.
Hiermit
den die
ungh-
reber,
der
(4190)
nm
Definat
notifiz
raad,
1918,
1. De-
e De-
m m. De-
r. Gruber,
(4197)
yer
12.
e. Gerben
eber 1918
e. Beinh
aus
60611
Gemein:
(4190)
48.
1918
11.
Redakteur:
vushy
blüh und
(419)
Mittwoch,
Desember
finnenom-
anfolge
redakteur
6201
enent.
Lehnt.
bah au
und un-
te Mül-
te Brau
an
(4148)
rednen.
Ereignis
Balt.
er wate
ode, be-
cher
4214
in bis an
ber.
lagen!
glitz
gult
ER.
Becker
Inber.
aber nach-
2940
und Hin-
er gahn.
2287
er beider
in Tracht
Wann
sollen 30
ausfüren.
am m.
alipsum